

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 2, 24. Januar 2002

Einblicke

Gleichgültigkeit

Von Heiner Lichtenstein

Vier Tage vor dem 60. Jahrestag wurde im Deutschen Historischen Museum in Berlin die erste deutsche Ausstellung über den Holocaust eröffnet. Eine angemessene Erinnerung an ein Treffen vor 60 Jahren, bei dem es um das Schicksal von elf Millionen Menschen ging, die Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942. Einziger Punkt der Tagesordnung: Wie viele europäische Juden können wohin gebracht werden, um sie umzubringen. Ihr Tod hingegen war längst beschlossen. Die Logistik musste geklärt werden. Nach 90 Minuten war das damals erledigt, die Herren Verbrecher griffen zum Cognac. Wenn Zeitungen überhaupt auf den Jahrestag eingingen, dann war zu lesen, bei der Konferenz sei der Holocaust beschlossen oder geplant worden. Weil in der Berliner Ausstellung auch die Nürnberger Prozesse gegen hohe NS-Funktionäre erwähnt werden, machte die ARD-Tagesschau auf „Kriegsverbrecherprozesse“ aufmerksam. Die Angeklagten hatten aber „NS-Verbrechen“ begangen – eine völlig andere Kategorie.

Während eines feierlichen Banketts in Düsseldorf bezweifelte ein Rechtsanwalt die Massenmorde in Auschwitz. Paul Spiegel widersprach energisch, wurde aber allein gelassen. Nicht ein einziger der einflussreichen Gäste stellte sich an Spiegels Seite – kein Einzelfall. Ignatz Bubis war es ebenso ergangen, als in der Frankfurter Paulskirche Martin Walscher für seine „Auschwitzkeule“ lang anhaltenden stehenden Beifall bekam und Bubis mit Ehefrau aus Protest sitzen blieb. In Sabine Christiansens ARD-Sonntagsrunde sagte der Grünen-Politiker Wolfgang Ullmann am 6. Januar, dies und jenes langweile ihn „bis zur Vergasung“. Weder die Moderatorin noch die anwesenden Talkgäste, Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaft und Bundespolitik, regte das auf. Sie ließen das unwidersprochen.

Gleichgültigkeit, vielleicht auch das scheinbar befreiende Gefühl, Tabus zu knacken, ist gesellschaftsfähig geworden. Gedenken bleibt auf der Strecke.

Aufruf zum Terror

Ein vor der Justiz geflohener deutscher Neonazi ist nach knapp einem Jahr in den Niederlanden festgenommen worden.

Seite 3 ■

Verlust für die Szene

Das neonazistische NIT hat sein rege genutztes Internet-Angebot aus dem Netz genommen.

Seite 4 ■

Haider ist wieder da

Der Rechtspopulist meldet sich massiv in die österreichische Bundespolitik zurück.

Seite 6 ■

Braune Robenträger

Zahlreiche willfährige Juristen des Nazi-Regimes machten später in der Bundesrepublik Karriere.

Seite 8 ■

Sprechende Exponate

In Berlin wird erstmals eine komplexe Ausstellung über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden gezeigt.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Zielgruppe verfehlt**

Die „Staatsbriefe“ waren auch in der extrem rechten Szene zunehmend isoliert.

In der Dezember-Ausgabe seiner „Staatsbriefe“ teilt Hans-Dietrich Sander, seit der Gründung 1990 Herausgeber des Monatsblattes, mit, er werde sein Projekt mit der vorliegenden Ausgabe beenden. Selbst eingestandener Grund für den Entschluss ist die Erfolglosigkeit. Zuletzt sei die Abonnentenzahl auf unter 800 gesunken, so klagt er. Die finanzielle Lage des Blattes sei ebenfalls beklagenswert. Die Schar der Mitarbeiter nahm zusehends ab. Nur wenige Getreue wie der „neu“rechte Osteuropa-Experte Wolfgang Strauss blieben Sander als regelmäßige Autoren erhalten. Politisch kam erschwerend hinzu, dass sich Sander in den Kreisen der extremen Rechten zunehmend isoliert hatte.

Zwar prahlt Sander in seinem abschließenden „Brief an die Leser“, er sei noch immer in der Lage, einen Leitartikel an einem Tag zu verfassen, doch wolle er seine Kräfte auf liegen gebliebene Buchprojekte konzentrieren. So will er ein „staatsphilosophisches Manuskript“ beenden, das seit 20 Jahren als Fragment in den Tiefen seines Schreibtisches ruht. Sein 1980 erschienener „Nationaler Imperativ“, als „Werkstücke zur Wiederherstellung Deutschlands“ betitelt, war in der extremen Rechten eine Art stiller Dauer-Bestseller und hatte bis in nationalistische Teile der Konservativen hinein gewirkt. Ob sein nun geplantes „Brouillon eines christlichen Ketzers“, in dem „die christliche Religion aus den unseligen Verschlingungen mit dem Alten Testament“ herausgelöst werden soll, ähnlich erfolgreich sein wird, darf bezweifelt werden.

Der Name „Staatsbriefe“ sollte ebenso wie der des eigens für die Herausgabe geschaffenen Verlags Castel del Monte an die Reichskonzeption des Kaisers Friedrich II. gemahnen. Auf ein Treuhandkonto war zur Etablierung des Blattes von einem Freundeskreis Geld gesammelt worden. Eigentlich hätte der Start erst erfolgen sollen, nachdem eine Summe von 200 000 DM zusammengekommen war. Ein nicht unrealistischer Plan, stellt man Sanders Bekanntheitsgrad in Rechnung, der lange Jahre für einschlägige Publikationen wie „Criticón“ oder „Nation Europa“ regelmäßig geschrieben hatte und in den 80er Jahren alleiniger Redakteur der

„Deutschen Monatshefte“ gewesen war. Er gehört zu den wenigen Exponenten der extremen Rechten, die das Handwerk des Journalismus tatsächlich beherrschen. Dies hatte er auch in seiner Tätigkeit für die Tageszeitung „Die Welt“ unter Beweis gestellt.

Die Gründung erfolgte früher als geplant, denn – so die Position von Sander – die Entwicklung in der noch bestehenden DDR mache sein Blatt geradezu unentbehrlich. Sander wollte in die deutschlandpolitischen Diskussionen eingreifen, die sein Hauptthema seit seiner Zeit in der DDR der 50er Jahre waren. Tatsächlich gelang es ihm, auch Autoren aus der Ost-CDU für die „Staatsbriefe“ zu gewinnen. Einige prominente Namen unter den Mitarbeitern sorgten in der Anfangsphase für zusätzlichen Optimismus. Sander führte aus: „Zu den Schwerpunkten gehören die Entwicklungstendenzen in Amerika und Russland nach dem Ende ihrer Doppelhegemonie. Der Hauptpunkt ist die Lage in Deutschland, das nach seiner unerwünschten Vereinigung einer noch stärkeren Fremdbestimmung und Einbindung unterworfen wurde. Die Perspektiven betreffen die Modalitäten der Wiedergewinnung innerer und äußerer Souveränität.“ Vorbild war „Die Tat“ der Weimarer Republik, eines der wichtigen Blätter der Konservativen Revolution, deren Auflage und Verbreitung jedoch nie annähernd erreicht werden konnte.

So nutzte es wenig, dass ein als konservativ geltender Journalist wie Günter Zehm sein „unverwechselbares Geistesprofil“ oder seine „Denunziation einer so genannten Moderne“ lobte, da Sander die konservative Zielgruppe nie erreichen konnte. Zustimmung erhielt er lediglich noch von Rechtsextremisten wie Wolfgang Strauss, der in den „Staatsbriefen“ die einzige Äußerung „publizistischer Dissidenz“ in der Bundesrepublik sieht, oder Reinhold Oberlercher, der gar vom „geistigen Führungsorgan des nationalen Widerstandes“ spricht, vom „Zentralorgan des deutschen Geistes“. Solche Urteile mögen zwar Sander munden, haben aber wenig mit der Wirklichkeit zu schaffen.

Die Zahl der Bezieher sank stetig. Lediglich Gerichte und Verfassungsschutzämter kümmerten sich noch um die „Staatsbriefe“. So erhielt Sander im Sommer 1996 einen Strafbefehl wegen Volksverhetzung. Weitere Verfahren um revisionistische Passagen in dem Blatt folgten. Sander kündigt eine halbjährige Pause an. Danach werde möglicherweise die Zeitschrift als „Neue Folge“ in unregelmäßigen Abständen erscheinen. *Jean Cremet*

Aktivitäten

Hass auf „Knechte“

Ein knappes Jahr nach seiner Flucht vor der deutschen Justiz ist der Dortmunder Neonazi Michael Krick in den Niederlanden festgenommen worden.

Holländischen Medienberichten zufolge ging er der Polizei am 18. Januar, Freitagmittag, ins Netz, als er in Hoek van Holland in der Nähe von Rotterdam eine Fähre nach Großbritannien nehmen wollte. Krick hatte sich ins Ausland abgesetzt, nachdem er im Februar letzten Jahres als möglicher Fluchthelfer von Christoph Schulte, der in München unter dem Verdacht des Mordversuchs einsitzt, ins Visier der Staatsschützer geraten war. Kurz vor seinem Verschwinden war seine Dortmunder Wohnung durchsucht worden. Allerdings fand die Polizei offenbar keine ausreichenden Beweise, die eine Festnahme gerechtfertigt hätten. Anders als Carsten Köppe, Anführer der Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten, und sein Lüdenscheider Kamerad Marc M. blieb Krick auf freiem Fuß.

Diese Chance nutzte er, um erst einmal von der Bildfläche zu verschwinden. Damit entzog er sich auch zwei Gerichtsverhandlungen, die vor den Amtsgerichten Dortmund und Berlin-Tiergarten gegen ihn anstanden. Dabei sollte es um das Vorrätighalten verbotenen Propagandamaterials und um das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gehen. Für hartgesottene Neonazis eigentlich Kleinigkeiten. Doch Krick, der gerade eine Haftstrafe von eineinhalb Jahren abgesessen hatte und wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung eines Polizisten, Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates und wegen des Verwendens von Kennzeichen verbotener Organisationen vorbestraft ist, hätte wohl kaum auf eine Bewährungsstrafe hoffen dürfen.

Seinen Hass auf Polizisten, Staatsanwälte und Richter lebte der heute 25-Jährige im Mai 2001 auch bei einem Treffen deutscher und niederländischer Neonazis in dem kleinen Örtchen Niftrik in der Nähe von Nijmegen aus. Die Nederlandse Volksunie (NVU), als deren Parteisekretär der deutsche Neonazi Christian Malcoci fungiert, hatte dazu eingeladen. „Greift das System und seine Knechte an, wo immer es geht“, forderte Krick bei dem Treffen. „Auch die, die gegen unsere Rasse vorgehen

und sie zu vernichten suchen – Staatschmutz, Staatsanwälte und Richter – haben Namen, Adressen und Familien“, drohte er. „Eurer Fantasie sind hierbei keine Grenzen gesetzt. Jeder mag seinen Ermessensspielraum selbst abstecken“. Ganz unverhohlen empfahl Krick seinen Kameraden die baskische Terrorgruppe ETA als Vorbild.

Nicht erst mit dieser Rede, in der er „Zellen nach dem Vorbild des führerlosen Widerstands“ zu bilden empfahl und die ihm ein weiteres Ermittlungsverfahren einbrachte, machte sich Krick zum Protagonisten jener Neonazis, die ganz offen Gewalt propagieren. Nach Informationen des „blick nach rechts“ tat er dies vermutlich auch in einem internationalen Internet-Forum von Neonazis. In dessen Sektion für die Niederlande und Flandern jedenfalls meldete sich im September letzten Jahres erstmals ein deutscher Kamerad zu Wort, der eigenem Bekunden zufolge inzwischen in den Niederlanden lebt. Seine Beiträge „schmückte“ er mit einem Hakenkreuz. Im Forum gab er sich den Namen Oskar Dirlewanger – und benannte sich damit nach einem SS-Oberführer, dessen gleichnamige SS-Sturmbrigade für ihre furchtbaren Exzesse, ihre Grausamkeiten, Plünderungen und Ausschreitungen, unter anderem bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstands, berüchtigt war.

Internet-„Dirlewanger“ fiel durch seine Kenntnis der Szene in Westfalen – dem früheren Betätigungsfeld Kricks – auf. Die Beschreibung seines Äußeren stimmte mit der Kricks überein: „I’m self a NS-skin with lots of tattoos etc, that’s because I’m NS AND Skinhead.“ (Ich selbst bin ein NS-Skin mit vielen Tätowierungen etc., weil ich Nazi und Skinhead bin.) Und nicht zuletzt zeigte er seine Sympathie für US-Terroristen wie Timothy McVeigh („He was right“) und deutsche Polizistenmörder wie Kay Diesner („Vrijheid voor Kay Diesner!!!“). Kein Wunder, dass er auch für die Anschläge vom 11. September „Gratulation & Kompliment“ parat hatte. Der Einsturz des World Trade Centers sei „ein gutes Zeichen für uns“. UN- und Nato-Soldaten waren für ihn „dreckige Söldner der Itzigs“ und „bei Gefangennahme direkt zu exekutieren“. Dabei kannte sein Antisemitismus keine Grenzen mehr: „I would prefer it to see a synagogue burn, when all the itzigs are inside!!!“ (Ich würde es vorziehen, eine Synagoge brennen zu sehen, wenn alle „Itzigs“ dort drin sind!) Und: „We talked enough, now it’s the time for action!!!“ Kricks Zeit für Action ist nach seiner Festnahme erst einmal vorbei. *von Gerd Giesel, Tomas Sager*

Aktivitäten**Viel genutzte Seiten**

Die Internetpräsenz des NIT wurde zwar stillgelegt. Das komplette Angebot ist aber bereits anderweitig wieder online.

Ohne größere Resonanz der rechtsextremen Internetszene wurde Anfang Januar eine der bis dahin „dienstältesten“ rechtsextremen und deutschsprachigen Internetangebote aus dem World Wide Web genommen. Der Betreiber, der langjährige Aktivist André Goertz, Mitglied der Burschenschaft Germania Hamburg, Ex-Funktionär der verbotenen FAP, Ex-JN, hatte diesen Schritt kurz zuvor mit dem Verweis auf „private und berufliche Verpflichtungen“ angekündigt und die bekannte Domain des neonazistischen Hamburger Nationalen Infotelefon abgeschaltet.

Mehr als drei Jahre war über den Webauftritt des NIT, abrufbar über einen auf Goertz und seinen NIZ-Verlag registrierten Domainnamen, das Webportal „Nachrichten-Information-Theorie“ online. Darüber waren sowohl die Ansagen des NIT, Meldungen und Kommentare zu allgemeinpolitischen wie zu speziell die rechtsextreme Szene betreffenden Themen, Demohinweise et cetera abrufbar. Zudem konnten diese Texte auch nachträglich über ein Online-Archiv gelesen und recherchiert werden. Zu finden waren zeitweise auch das „Radio Nord“, ein Versuch eines rechtsextremen Webradios ohne größeren Erfolg, sowie Kommentare des Seitenbetreibers zu diversen politischen und gesellschaftlichen Ereignissen.

Auch die Ideologie-Zeitschrift „Progress“, die über die erste Ausgabe im Internet nie herauskam und in der Goertz sein Konzept eines „progressiven Nationalismus“ umriss, das mit herber Kritik für die „Neo-Nationalsozialisten“ nicht sparte, war Teil dieses Portals. In einem der anonymen Texte von „Progress“ wurde die Politikunfähigkeit der rechten Szene kritisiert, die lediglich „Mittel zum Zweck“ und jener „Narrensaum (seien), den dieses System haben will“. Statt dessen propagierte die Schrift die sich als elitär verstehende Theorie eines progressiven Nationalismus, der sich „nicht an die breiten Massen, sondern an diejenigen, die im nationalen Spektrum denken und handeln“, richtete. Dieses Modell wird angedeutet in einem Elaborat aus Versatzstücken einer Querfrontstrategie, An-

leihen beim Konzept des führerlosen Widerstandes bei verbaler Ablehnung von Gewalt sowie Passagen, die an das Konzept der befreiten Zonen erinnern – das Ganze garniert mit demokratiefeindlichen Aussagen.

Obwohl auch wegen des Konzepts und seiner unter anderem gegen „freie Nationalisten“ gerichteten Polemiken in der rechtsextremen Szene nicht unumstritten (so hieß es zum Beispiel über die Rudolf-Hess-Märsche: „Ritual der geistigen Selbstbefriedigung, mit dessen Hilfe man einmal im Jahr die eigene Bedeutungslosigkeit bemänteln will“), wurden sowohl die Informationen des NIT-Webangebotes wie die dort offerierten Dienste in einschlägigen Zusammenhängen vielfach und gerne angenommen. Das von März 1999 bis Mitte Dezember existierende „NIT-Forum“ war von vielen anonymen Teilnehmern rege frequentiert worden. Ebenso wurde das Angebot kostenloser Gästebücher auf zahlreichen einschlägigen Sites genutzt, so von dem Skingirl Freundeskreis Deutschland (SFD), der Kameradschaft Gera, dem Thüringer Heimatschutz oder dem Bündnis Rechts. Die Machher des rechtsextremen „Stoertebeker-Netzes“ bezeichnen die Stilllegung des NIT daher als „tatsächlich ... einen herben Verlust für die nationale Szenerie im Internet“.

■ „Politikunfähige rechte Szene“ ■

Dieser „Verlust“ hat sich allerdings schon über das Jahr 2001 angedeutet, in dem Stück für Stück Teile des NIT-Angebotes eingestellt wurden – neben Gästebüchern und dem Forum stellte Goertz nach Verfassungsschutzangaben auch die Durchsagen seiner telefonischen Mailbox ein, bevor er im Dezember schließlich die Stilllegung der Webpräsenz einleitete. Ausschlaggebend dafür kann auch die zu große Diskrepanz zwischen Aufwand und Wirkung seines Informationsdienstes auf die rechtsextreme Szene gewesen sein, der schon lange nicht mehr konkurrenzlos war. So existieren mittlerweile nach offizieller Lesart ungefähr zwei Dutzend „nationale“ oder „freie“ Infotelefone, die zum Teil ebenfalls im WWW vertreten sind. „Kostenlose Gästebücher für Nationalisten“ werden heute unter anderem über den „nationalen Medienverbund Wynnweb“ an den rechten Mann gebracht, ein Webunternehmen des Rechtsextremisten Jens Krautheim aus Gera, Führungskader der Kameradschaft Gera und NPD-Landesvorstandsmitglied, der gemeinsam mit Jörg Soa, ebenfalls NPD, Inhaber des Auf-

ruhr-Versandes ist. Mittlerweile sind auch diverse rege frequentierte rechtsextreme Foren online – das derzeit bekannteste darunter dürfte der von den NPD-Kreisverbänden Jena und Magdeburg betriebene so genannte „Mitteldeutsche Gesprächskreis“ sein. Dieser ist mittlerweile in über 20 rechtsextremen und neonazistischen Webseiten eingebunden.

Auf Goertz und seinen NIZ-Verlag registriert war das Angebot des NIT über die Hamburger Firma Netzpunkt, ein Unternehmen des Goertz-Weggefahrten Jens Siefert (Ex-FAP), der sich ebenfalls als „progressiver Nationalist“ verstehen soll. Auf der Website von Sieferts Firma Netzpunkt prangt seit September 2001 das Logo des Vereins „no abuse in internet eV (naiin)“, ein Zusammenschluss von Providern und Einzelpersonen, der gedacht war als als Kennzeichen dafür, dass Provider Geschäfte mit Rechtsextremisten ablehnen. Zum Internet-Kundenstamm Sieferts zählen neben dem NIT unter anderem die rechtsextremen Unabhängigen Freundeskreise, Manfred Rouhs' „Signal-Online“, die Jungen Nationaldemokraten Niedersachsen, der Aufruhr-Versand von Jens Krauthelm oder das rechtsextreme Bündnis Rechts für Lübeck.

■ Ähnlicher Domainname auf denselben Betreiber eingetragen ■

Dass Siefert in den Verein, dessen Schirmherr Helmut Thoma, der auch medienpolitischer Berater des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten ist, aufgenommen wurde, zeuge, so urteilte der Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (www.id-gr), „nicht eben von allzu großer Sachkompetenz der Verantwortlichen“. Die Initiative „Zusammen gegen rechts“, ebenfalls Mitglied in diesem Verein, orakelte nach der angekündigten Stillegung des NIT, dass dies eventuell auf den Druck der naiin-Mitglieder auf Siefert zurückzuführen sei. Ob allerdings von einem Erfolg gesprochen werden kann, bleibt fraglich, zumal eine Webpräsenz des NIT nach wie vor auf einem anderen Server des WWW auftauchen könnte.

Jenseits aller Spekulationen muss festgehalten werden: Zwar wurde eine bekannte Domain des NIT abgeschaltet – aber das komplette rechtsextreme Angebot ist nach wie vor online und unter einem ähnlich lautenden Domainnamen zu finden. Auch dieser ist auf André Goertz eingetragen und über Jens Sieferts Firma Netzpunkt registriert und ins Netz gebracht.

Rudolf Kleinschmidt

Aktivitäten

On-Tour mit den JN

Skinkonzerte für den rechten Nachwuchs

In einem einschlägigen Internet-Forum ist der Aktivist mit dem Tarnnamen „Aachener“ nicht gerade zurückhaltend: „Für das Konzert am 12. 01. suchen wir noch Bands!“, bat er Ende Dezember die Szene um Unterstützung. Sogar seine Handy-Nummer gab er öffentlich bekannt. Der „Aachener“ kommt aus Herzogenrath, heißt Sascha Wagner und gehört dem Landesvorstand der Jungen Nationaldemokraten in Rheinland-Pfalz an. Im letzten Jahr war die NPD-Nachwuchsorganisation so aktiver als je zuvor.

Sechs mal trommelte der ehemalige Hooligan von Alemannia Aachen seine Kameraden zusammen, um im Südwesten auf die Straße zu gehen. Ein Motto findet sich immer: mal marschiert man in Ludwigshafen gegen das drohende NPD-Verbot, mal protestiert man in Kaiserslautern gegen die stationierten US-Truppen oder in Trier gegen Kinderschänder. Bei den Veranstaltungen gibt es dann zwar regelmäßig Probleme mit Wagners Lautsprecheranlage und Gegendemonstranten verhindern immer wieder den braunen Aufmarsch, aber 100 bis 200 Aktivisten aus dem Südwesten sind trotzdem immer wieder dabei. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres haben die JN-Aktivisten das Angebot für den Nachwuchs erweitert: Erst boten sie für rund 75 Euro eine Konzert-Reise nach England an, dann versuchten sie sich selbst als Konzertveranstalter. Im Abstand von vier Wochen gab es gleich zwei Konzerte im Pfälzer Niemandsland. So spielten in der einschlägig bekannten Kneipe „Lochmühle“ in Dreißigen Bands wie „Schutt und Asche“, „Kategorie C“ oder die „Pfälzer Buben“. Die nächsten Auftritt werden gerade geplant. Der 30-jährige Stahlbauschlossler hält beste Kontakte in die rechtsextreme Musikszene. Schließlich hat er 1997 und 1998 unter dem Titel „Neue Deutsche Welle“ eines der ersten deutschen Hochglanz-Fanzines herausgegeben. Wagner („Wenn jemand Gewalt ausübt, gehört er nicht zu uns“) und sein wegen Körperverletzung vorbestrafter Gefährte Christian Hehl wissen genau, welch ein Aggressionspotenzial durch Skinhead-Musik freigesetzt werden kann. Doch das nimmt man offenbar in Kauf. Erst kürzlich war der „Aachener“ wieder auf Band-Suche – für „den nächsten Streich“! *Benny Bender*

Grauzone**Die „U-Boot-These“****Von den Republikanern zur Schill-Partei**

„Ronald Schill hat unsere Forderungen aufgegriffen“, verkündet Thomas Nissen als Hamburger Landesvorsitzender der Republikaner (REP). Dies meint wohl auch das REP-Mitglied Uwe Ellefsen und trat in die Partei Rechtsstaatliche Offensive (Schill-Partei) ein. Mittlerweile sitzt das ehemalige Mitglied der rechtsextremen Partei dort am Telefon der Harburger-Fraktion. Zwar verkündet Parteivize Mario Mettbach immer wieder, dass Verbindungen zur „ganz, ganz Rechten“ mit der Schill-Partei unvereinbar seien, doch die Bezirksfraktion mag sich wohl nicht so schnell von dem engagierten Mitglied trennen. Der Fraktionsvorsitzende Raimund Winckler will so dann auch nicht öffentlich über einen Parteiausschluss reden.

Alleine Manfred Silberbach, Harburg-Koordinator der Schill-Partei, erklärt: „Das bedeutet den Partei-Ausschluss“. Bloß steht Silberbach, der sich in der „Jungen Freiheit“ ansonsten über Journalisten beschwert, die „jede Woche ‘einen Rechten’ prügeln“, mit seiner Position bisher alleine. „Dies ist ein besonderer Fall“, betont nämlich sogleich Pressesprecherin Karina Weber. Denn Ellefsen hatte gegenüber den „Harburger Nachrichten“ erklärt: „Ich bin Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre von der SPD beauftragt worden bei den REP einzutreten, um das dortige Potenzial zu binden“. Dies sei zu überprüfen, erklärt Weber. Hofft aber, das, „Herr Ellefsen wohl von sich aus austritt“. Dass die Schill-Partei die Behauptung Ellefsen ernsthaft überprüfen will, findet SPD-Kreisgeschäftsführer Rüdiger Schulz unglaublich. Ellefsen wäre zwar vor seinem REP-Beitritt SPD-Mitglied gewesen, aber solch einen Auftrag hätte es nicht gegeben. „Etwas Verrückteres“, so Schulz, „habe ich noch nie gehört“. Auch für den damaligen SPD-Kreisvorsitzenden Harald Muras ist das „völlig undenkbar“ und er kündigt an, „wenn Herr Ellefsen dies weiter öffentlich behauptet, verklage ich ihn“. Mit Erfolg: Ellefsen hat sich mittlerweile von der „U-Boot-These“ distanziert. Dennoch verlangt SPD-Kreisvorsitzender Michael Ulrich von Ellefsen einen Widerruf und eine Unterlassungserklärung. „Ich werde alles unterschreiben“ was die SPD verlangt“, beteuert der nun. Aus der Schill-Partei sei er aber noch nicht ausgeschlossen. *Andreas Speit*

Ausland**Doppelspiel der FPÖ****Jörg Haider hat sich zurückgemeldet. In der österreichischen Innenpolitik sind wieder schärfere Töne zu verzeichnen.**

Seit Mitte Dezember 2001 gibt Jörg Haider wieder die Themen der österreichischen Innenpolitik vor. Zwar hatte sich der Rechtspopulist nach seinem (offiziellen) Rücktritt als Chef der Freiheitlichen Partei (FPÖ) im Frühjahr 2000 nie zur Gänze aus der Bundespolitik verabschiedet, doch waren seine „Zwischenrufe“ aus Kärnten bisher eher sporadisch gewesen. Die permanenten Verluste seiner Partei – nicht nur bei Meinungsumfragen, sondern auch bei diversen regionalen und kommunalen Wahlgängen – haben Haider wieder auf den Plan gerufen. Und er agiert in gewohnter Manier, indem er Ressentiments schürt – gegen die EU-Osterweiterung oder gegen Minderheiten im eigenen Land, dazu natürlich gegen Privilegien und neuerdings auch gegen den Verfassungsgerichtshof; alles natürlich im Namen des „Volkes“ beziehungsweise des „kleinen Mannes“.

Mitte Dezember kommentierte Haider als Kärntner Landeshauptmann die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, dass die österreichische Regelung, wonach erst ab einem Minderheiten-Anteil von 25 Prozent zweisprachige Ortstafeln aufzustellen sind, nicht dem Österreichischen Staatsvertrag von 1955 entspricht und daher verfassungswidrig ist, als „vorverlegten Faschingsscherz“. Damit leitete er eine Kampagne gegen das Höchstgericht ein, auf die weiter unten noch eingegangen wird. Parallel dazu diffamierte Haider den slowenischen Präsidenten Milan Kucan als „Großslowenen“ und „Kommunisten“. Der slowenischen Minderheit in Kärnten drohte er mit der Schließung zweisprachiger Kindergärten und Schulen sowie der Streichung von Fördermitteln, wenn sie ihre Forderung nach zusätzlichen zweisprachigen Ortstafeln weiter auf dem Rechtsweg betreiben sollte.

Anfang Januar wandte sich Jörg Haider dann stärker dem von seiner Partei initiierten Volksbegehren „Veto gegen Temelin“ zu, bei dem es um den gesetzlichen Auftrag an die Bundesregierung geht, der Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union nur dann zuzustimmen, wenn diese zuvor das (gerade erst fertig gestellte und sich

im Probetrieb befindende) Kernkraftwerk Temelin stilllegt. Im Zusammenhang mit der Volksbegehrens-Kampagne kam es auch zu einem verbalen Schlagabtausch zwischen Haider und dem tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman, der den Kärntner Landeshauptmann als „Postfaschisten“ und „Pro-Nazi-Politiker“ bezeichnete. Haider seinerseits nannte den tschechischen Premier einen „Kommunisten“ und „Wendehals“. Doch nicht nur Temelin ist nach Auffassung der FPÖ ein absolutes Hindernis für den tschechischen EU-Beitritt, sondern auch die Benesch-Dekrete.

■ „Angriff auf die Verfassung selbst“ ■

All das sind aber Töne, die man von Haider und der FPÖ gewöhnt ist. Dass sie jetzt – zwei Jahre nach der Bildung der schwarz-blauen Bundesregierung und 15 Monate nach dem Ende der so genannten „EU-Sanktionen“ – wieder so massiv zu hören sind, deutet darauf hin, dass die FPÖ die durch die Regierungsbeteiligung verlorenen Protestwähler wieder zurück gewinnen will. Die von Jörg Haider begonnene direkte Konfrontation mit dem Verfassungsgerichtshof geht dennoch über das bisher von der FPÖ gewohnte Populismus-Muster hinaus. Haider warf dem Höchstgericht nämlich vor, in der Ortstafel-Frage eine „politische Entscheidung“ getroffen haben, wobei er später wörtlich von einem „sozialistischen Mehrheitsurteil“ sprach, mit dem „nur die politische Absicht verfolgt wurde, in Kärnten nach 30 Jahren Frieden wieder die Diskussion um die zweisprachigen Ortstafeln zu eröffnen“. Der Verfassungsgerichtshof sei „kein ordentliches Gericht, bei dem die Weisungsfreiheit verwirklicht ist“. Und Haider sagte ausdrücklich, dass es mit ihm in Kärnten keine zusätzlichen zweisprachigen Ortstafeln geben werde – und wörtlich: „Es wird kein Umschreiben der Kärntner Geschichte geben“.

Zugleich hat die Kärntner FPÖ eine Unterschriftensammlung für eine Volksbefragung zum VfGH-Entscheid begonnen, die Jörg Haider beim Neujahrstreffen der Bundes-FPÖ am 13. Januar in Linz so begründete: „Ich nehme zur Kenntnis, was das Volk denkt, und nicht, was weltfremde Figuren entscheiden wollen.“ Ebenso kündigte Haider Initiativen seiner Partei an, damit die Verfassungsrichter „auf das ihnen zustehende Maß zurecht gestutzt werden“ – und so nebenbei kritisierte er gleich auch die zu hohen Gehälter der höchsten Richter.

Die Attacken auf den Verfassungsgerichtshof und der Hinweis, „die Bevölkerung und nicht die Richter seien die letzte Instanz“, haben inzwischen auch konservative Kommentatoren in Aufregung versetzt. So schrieb der Chefredakteur des Unternehmerblattes „Die Presse“, der immer zu den publizistischen Verteidigern der schwarz-blauen Koalition gehörte: „Der Satz vom Volk, das über den Verfassungsrichtern steht ... ist eine massive Attacke auf die Verfassung selbst.“ Denn „dann könnte das ‘Volk’ mit Mehrheitsbeschluss jedes Grundrecht hinwegfegen. Dann ist keine Minderheit mehr geschützt – ob es nun um eine parlamentarische, eine religiöse, eine sprachliche, um einen unschuldig Angeklagten, einen Besitzenden oder einen Arbeitslosen geht. Dieser Haider-Satz ist damit genau das Gegenteil vom Rechtsstaat. Er ist das Funktionsprinzip undemokratischer diktatorischer Staaten, in denen kein unabhängiger Richter den einzelnen Bürger gegen die politische Macht schützt.“ Eine so massive und grundsätzliche Kritik – noch dazu aus rechts-konservativer Feder – hat Jörg Haider wohl noch kaum einstecken müssen. So lange aber der Koalitionspartner ÖVP keine klaren Konsequenzen zieht, können Haider und die FPÖ ihr Doppelspiel als demokratische Regierungspartei und rechtspopulistische Opposition, die sogar Grundlagen der Verfassung in Frage stellt, weiter betreiben.

Adalbert Krimm

Hinweis

Berlin – Was aus den Juden seines Heimatortes und deren Eigentum geworden ist, das will der Autor Ulrich Völklein in seinem Tatsachenroman „Der Judenacker – Eine Erbschaft“ wissen. Die Spur führt in die nationalsozialistische Vergangenheit. Völklein recherchiert Lebensläufe: seines Vaters, der bei der Waffen-SS war, eines Mediziners, der im Konzentrationslager Auschwitz arbeitete und des einzigen Juden des Dorfes, der den Holocaust überlebt hat. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Lebenszeugnisse“ des Zentrums für Antisemitismusforschung und des Literaturforums spricht Wolfgang Benz mit dem 1949 geborenen Autor.

31. Januar 2002, 20.00 Uhr, Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestraße 15, 10115 Berlin.

In eigener Sache

In der Ausgabe „blick nach rechts“ vom 10. Januar dieses Jahres hat sich leider auf der Titelseite ein Fehler eingeschlichen. Es heißt natürlich Nr. 1 und nicht Nr. 14, wie dort versehentlich steht.

Hintergrund**Braune Blutrichter**

Viele Juristen, die dem Nazi-Regime gedient hatten, machten später in der Bundesrepublik beachtliche Karrieren.

„Nicht die NS-Prozesse sind es, die dem deutschen Ansehen in der Welt Abbruch getan haben und noch tun: das haben vielmehr allein die diesen Prozessen zu Grunde liegenden Verbrechen besorgt. Wer die NS-Prozesse aus Patriotismus ablehnt, zeigt nur, wie unterentwickelt sein Patriotismus im Grunde ist.“ Dies schrieb 1982 der Leiter der Zentralen Stelle der Deutschen Justizverwaltung zur Aufklärung von NS-Verbrechen, der weltweit anerkannte Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl, im Vorwort zu seinem Buch „NS-Verbrechen vor Gericht“. Fünf Jahre später stellte der große Jurist und Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch resigniert fest: „Unsere Nachkriegsjustiz hat eine öffentliche Erörterung der im Namen des Rechts begangenen Gräueltaten vermieden. Die Karrieren der Täter endeten planmäßig, die Pensionen sind verzerrt, die Nachrufe vom Blut der Opfer gereinigt. Die kollektive Verdrängung kann sich in die welthistorische Relativierung kleiden.“ Hirsch schrieb dies im Vorwort zu Ingo Müllers herausragendem Buch „Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz.“

Rückerl und Hirsch waren nicht die einzigen deutschen Juristen, die so dachten, aber viele Mitstreiter hatten sie nicht. Die überwältigende Mehrheit ihrer Berufskollegen dachte anders. An ihrer Spitze übrigens der erste Bundeskanzler der BRD, der Jurist Konrad Adenauer. Der hatte bereits während der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages dafür geworben, „mit der Nazi-Riecherei aufzuhören“. Dazu setzte er bekanntlich selbst ein Zeichen, indem er den Nazi-Juristen Heinrich Globke zum Chef des Bundeskanzleramtes ernannte. Wie belastet dieser Mann war, zeigte die Schweiz, nachdem Globke in den Ruhestand verabschiedet worden war. Sie verweigerte ihm die Einreise, als er sich dort niederlassen wollte.

Dass nicht ein einziger Angehöriger des Volksgerichtshofes (VGH) verurteilt worden ist, wurde von vielen Medien und einigen Politikern zwar heftig kritisiert. Geholfen hat das allerdings nichts. Der einzige Angeklagte, der Kammergerichtsrat a.D.

Hans Joachim Rehse, starb während der Revision gegen seine Verurteilung zu 15 Jahren Zuchthaus. So erfuhr er nicht, dass der Bundesgerichtshof das Urteil an die Berliner Justiz zur erneuten Verhandlung zurückverwiesen hat – mit der „unverhüllten Empfehlung freizusprechen“, wie Ingo Müller in seinem erwähnten Buch feststellte. Selbst die wiederholten Versuche Robert Kempners, des erfolgreichen stellvertretenden US-Anklägers im ersten Nürnberger Prozess gegen die Spitzen des NS-Regimes, Nazi-Richter anzuklagen, blieben ohne Erfolg. Der braune Clan mit dem Dolch unter der Robe hielt zusammen und konnte sich auf das Bundesjustizministerium verlassen. Hier war es vor allem der berüchtigte Ministerialdirigent Eduard Dreher, der 1968 durch einen winzigen Trick in einem Gesetz alle ehemaligen Angehörigen des SS-Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) von der Verfolgung freistellte. Sie kamen in den Genuss der Verjährung. Enthüllt hat das der Freiburger Zeithistoriker Ulrich Herbert in seiner aufschlussreichen Studie über Werner Best, die 1996 im Bonner Dietz-Verlag erschienen ist. Ingo Müller ist zu verdanken, dass man wenigstens nachträglich erfahren kann, wie prominente braune Blutjuristen ihre Karrieren nach der Befreiung fortsetzen konnten – an Universitäten, in der Richterrobe, als Generalstaatsanwälte, Landgerichtspräsidenten und Chefs von Landeskriminalämtern.

■ Der Dolch unter der Robe ■

Das galt sogar für jene 16 Juristen, die 1947 von einem US-Militärgericht angeklagt worden sind. Neben vier Freisprüchen gab es vier lebenslängliche und acht zeitlich begrenzte Zuchthausstrafen. 1951 waren sie alle wieder frei. Sie kehrten in die Justiz zurück oder gingen in den Ruhestand. Dabei bekamen sie nachträglich hohe Ruhegehälter und Nachzahlungen bis zu 100 000 Mark.

In der britischen Zone – also in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein – hatten die Besatzungsbehörden anfangs versucht, ohne braune Richter und Staatsanwälte auszukommen. 1950, bei der Bildung des Bundesgerichtshofs (BGH), pries Bundesjustizminister Thomas Dehler (FDP) die „ausgezeichnete Leistung des Reichsgerichts“, das, wie im Juristenprozess nachgewiesen, ungezählte Terrorurteile gefällt hatte. Vier Jahre später gab es einen prächtigen Festakt zum 75. Jahrestag des Reichsgerichts (RG), das schamlos als vorbildlicher Vorgänger

des BGH gefeiert wurde. Dehlers Staatssekretär Walter Strauß nannte die Zeit zwischen 1945 und 1950 ein „tragisches Justitium“. Da konnten sich Bundesrichter und hohe Mitarbeiter des BGH die Hände reiben, weil sie auch dem RG gedient hatten. Zu ihnen gehörte Ernst Kanter, der als oberster Richter im unterjochten Dänemark 103 Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt hatte. Im BGH war Kanter für die Prüfung von Vorwürfen der DDR gegen BRD-Juristen zuständig. Erst 1959 musste er dem öffentlichen Druck weichen und endlich in Pension gehen. Sein Nachfolger wurde der erwähnte Eduard Dreher, während der NS-Zeit Erster Staatsanwalt am Sondergericht Innsbruck. Unter Bundesjustizminister Gustav Heinemann (SPD) war Dreher als Ministerialdirigent Chef der Strafrechtskommission. Ebenfalls im Bundesjustizministerium saß Franz Maßfeller, der während der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 das Reichsjustizministerium vertreten hatte. Bei der Konferenz am Großen Wannsee in Berlin waren Organisation und Ablauf der „Endlösung der Judenfrage“ festgelegt worden. Nur höchste Geheimnisträger hatten Zugang gehabt. Zu Maßfellers Kollegen im Bonner Justizministerium gehörte auch Heinrich Ebersberg, der persönliche Referent von NS-Reichsminister Otto Thierack. Der hatte sich unter der Last seiner Schuld 1946 in einem britischen Lager das Leben genommen. Hans Puvogel hatte im Reichsjustizministerium für die „Ausschaltung Minderwertiger durch Tötung“ plädiert. Später wurde er Justizminister in Niedersachsen. Als ein Richter Puvogels braune Vergangenheit öffentlich machte, wurde der gemäßregelt und erhielt eine Abmahnung, weil er die Achtung gegenüber Vorgesetzten verletzt habe. Die Biografie des NS-Marinerichters und langjährigen Regierungschefs von Baden-Württemberg, Hans Filbinger (CDU), ist hinlänglich bekannt. Über Werner Pfromm, den ehemaligen Kölner Generalstaatsanwalt hat der „blick nach rechts“ zuletzt Ende vergangenen Jahres berichtet.

■ Ein „tragisches Justitium“ ■

Insgesamt sind mindestens sieben Staatsanwälte des VGH in der Bundesrepublik wieder Vertreter der Anklage geworden. Günther Schultz, berichtigt ob seiner Terrorurteile wegen „Rassenschande“, brachte es zum Vorsitzenden der Entschädigungskommission für NS-Opfer. Oberstaatsanwalt Erwin Schüle, 1959 erster Chef der Ludwigsburger Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen,

musste 1965 wegen seiner braunen Vergangenheit gehen, wurde aber unmittelbar danach Generalstaatsanwalt in Stuttgart. Wolfgang Immerwahr Fränkel, fanatischer Befürworter der Todesstrafe, brachte es zum Generalbundesanwalt. Er hatte seine tief braune Biografie schlicht nicht erwähnt und niemand kam auf den Gedanken zu fragen, was Fränkel zwischen 1933 und 1945 getan hat.

Was vor wenigen Jahren Historiker und Mediziner endlich auf den Weg gebracht haben, sind die Juristen sich selbst und der Öffentlichkeit immer noch schuldig: ihre Vergangenheit aufzuarbeiten. Einzelheiten hat der Jurist Ingo Müller in seinem bereits 1987 erschienen Buch „Furchtbare Juristen“ aufgedeckt. Seitdem ist Neues erforscht worden. Außerdem ist Müllers vorzügliches Buch kein Ersatz für die Selbstreinigung dieses Berufsstandes. Unterstützt vom Bundesjustizministerium und dem BGH hielten die meisten Vertreter dieses Standes an der Rechtskontinuität fest, statt demokratische Reformen einzuleiten. NS-Familiengesetze blieben bezüglich der Frauen verhängnisvoll lange in Kraft, Zwangssterilisierungsgesetze ebenso. Ähnliches gilt für die Strafbarkeit versuchter Homosexualität. Von den Alliierten aufgehobene Paragraphen wie die Staatsschutzvorbehalte übernahm der Deutsche Bundestag bereits 1950 wieder in das 1. Strafrechtsänderungsgesetz. Damit konnten Kommunisten erneut verfolgt werden, während ihre Entschädigungsansprüche erloschen. Fast ein Drittel aller Universitätsprofessoren hatten die Nazis von 1933 an entlassen. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges waren nahezu alle Jura-Lehrstühle wieder besetzt – mit Regimetreuen selbstverständlich. Einige dieser tief braunen Hochschullehrer wurden 1945 von den Westalliierten entlassen. Kaum waren die Bundesländer entstanden, holten die Universitäten sie zurück, während sich kaum jemand um die Opfer der NS-„Säuberungen“ bemühte.

Die Geschichte der deutschen Justiz und ihrer Helfer zwischen 1933 und der frühen Nachkriegszeit steckt voller Skandale. Hier gibt es noch viel zu erforschen. Das gilt übrigens auch für den Umgang mit NS-Prozessen. Welche geführt worden sind, wird nach und nach ebenso dokumentiert wie deren Ausgang – wenn sie zu rechtskräftigen Verurteilungen geführt haben. Warum welche Verfahren gar nicht eröffnet oder eingestellt wurden, bedarf dringlich der Untersuchung. Auch mehr als ein halbes Jahrhundert nach der Befreiung gibt es unverändert weiße Flecken in der braunen Landschaft.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen**Erzählende Exponate****Eine Ausstellung über den Holocaust**

Anlass der Ausstellung, die derzeit in Berlin gezeigt wird, ist der 60. Jahrestag der Wannsee-Konferenz führender Nazi-Beamter und der SS zur „Endlösung der Judenfrage“ (s. S. 1). Aber der Anlass tritt in den Hintergrund, wenn die 1200 Exponate zu sprechen beginnen, ihre emotionsgeladenen Informationen über das schmachvolle Kapitel der deutschen Geschichte geben. „Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung“ so lautet der Titel, wobei die ein wenig hölzerne Diktion dem Anliegen nicht ganz gerecht wird. Diese Dokumentation über den planmäßigen Mord an 5,6 Millionen Menschen ist, man mag es fast nicht glauben, in Deutschland die erste komplexe Exposition über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden!

Die Idee dazu entstand, wie Kurator Burkhard Asmuss berichtete, im Zusammenhang mit der großen Demonstration gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit am 9. November 2000 vor dem Brandenburger Tor. Die erste Abteilung zeigt den allmählichen Prozess jüdischer Assimilierung und Emanzipation im und nach dem Ersten Weltkrieg. Dokumente machen deutlich, dass die Juden, namentlich seit dem Kaiser-Wort „Ich kenne nur noch Deutsche“ auf wirkliche Anerkennung und Gleichberechtigung hoffend, an der Front deutschen Patriotismus beweisen wollten: 10 000 meldeten sich freiwillig, 12 000 fielen von 1914 bis 1918. In der Weimarer Republik, von juristischer Diskriminierung befreit, erwarben sich die Juden große Verdienste um den wirtschaftlichen und politischen Aufschwung, um eine Blüte von Kultur und Wissenschaft. Namen wie Rathenau und Preuß, Einstein und Hertz, Garbaty und Tietz, Liebermann und Klemperer, Döblin und Reinhardt stehen für Viele. Aber gleichzeitig erstarkte die völkisch-nationalistische antisemitische Bewegung, deren Lösung schon 1879 Heinrich von Treitschke formuliert hatte: „Die Juden sind unser Unglück!“ Aus ihr wuchs schließlich das braune Krebsgeschwür.

Ein großer Teil der fast 900 Quadratmeter großen Ausstellungsfläche ist den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft und den Methoden der Vertreibung und Vernichtung der Juden gewidmet. Von

Streichers Mordhetze im „Stürmer“ über die Aktionen und die „Juda verrecke!“-Parolen der SA bis zur industriellen Judenvernichtung in Auschwitz und anderen Mordfabriken bleibt keine Phase des Holocaust ausgespart. Die Größe des Verbrechens rufen nicht zuletzt kleine Gegenstände aus Privatbesitz ins Bewusstsein, die ihre Eigentümer überdauerten und deren Geschichte erzählen. Da ist die Geige, mit der Mordechai Schlein zu den jüdischen Partisanen kam. Motele hatte in einem belorussischen Dorf, auf dem Dachboden versteckt, die Ermordung seiner Familie durch die Wehrmacht überlebt. Er starb 12-jährig bei einem Bombenangriff. Da ist die Schreibmaschine Erich Mühsams, der 1934 in seiner Zelle im KZ Oranienburg erhängt aufgefunden wurde. Vorher mahnte er in eindringlichen Versen „für die Zeit, da die Welt sich befreit“, seine Kameraden: „Vergesst eure Not, euer Leiden nicht! Ich lehr euch: Gedächtnis!“

In einem anderen Teil der Ausstellung wird der Umgang mit Nazitätern, Naziunrecht und Wiedergutmachung in beiden deutschen Staaten in der Nachkriegszeit behandelt. Ausgehend von den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wird eine insgesamt sehr nachdenklich stimmende sachliche und kritische Bilanz gezogen, bei der einige Lücken auffallen (Slansky-Prozess und seine Auswirkungen in der DDR, Umgang mit Nazirichtern in der BRD). Verwunderlich angesichts der ausführlichen Behandlung des Falls Globke, der wohl einmaligen Karriere vom Kommentator der nazistischen Rassegesetze zum Staatssekretär Adenauers, und des skandalösen Umgangs der SED-Führung mit Paul Merker. In vielen Details werden das Erstarken des neonazistischen Potenzials, seine wachsende Gewaltbereitschaft und die immer frecheren Versuche der Holocaust-Leugnung in extrem rechten Parteien und Publikationen dokumentiert.

Als ein Glücksumstand erweist sich, dass die Ausstellung vom Deutschen Historischen Museum von Anfang an als Gemeinschaftsarbeit mit anderen deutschen und ausländischen Museen und Gedenkstätten konzipiert war. Allein wegen des von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem gestalteten Saales sollte man sich den Besuch nicht entgehen lassen. Ähnliche Würdigung verdienen die Beiträge des Museums Auschwitz-Birkenau, des US Holocaust Memorial Museum und des Hauses der Wannsee-Konferenz.

Ralf Bachmann

Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung. Kronprinzenpalais Unter den Linden, Berlin. Bis 9. April 2002.

Demokratische Initiativen

Zivilcourage zeigen**Handbuch zur praktischen Anwendung**

Jeder kennt Situationen, in denen mit dumpfen Parolen und platten Sprüchen Vorurteile oder Diskriminierung beiläufig, teils mit aggressiver Rechthaberei ungeniert vorgetragen werden – etwa beim Familienfest, im nachbarschaftlichen Gespräch, an der Supermarktkasse oder tatsächlich am Stammtisch. So manch einem sind sicherlich auch Geschehnisse bekannt, in denen er selbst Zeuge oder gar Opfer von rechter oder fremdenfeindlicher Gewalt geworden ist – etwa wenn farbige Jugendliche nicht in die Disco gelassen werden oder jemand im Bus oder in der U-Bahn von pöbelnden Schlägern angegriffen oder erniedrigt wird. Mitreisende sind dann häufig schockiert oder eingeschüchtert und wissen nicht, wie sie sich verhalten sollen. Für diejenigen, die solchen Konfrontationen argumentativ, selbstsicher und angemessen begegnen wollen, bietet sich das „Handbuch für Zivilcourage“ des Vereins Gesicht zeigen! an. Der Verein wurde im Jahr 2000 gegründet, um konkrete Unterstützung gegen rechte Gewalt zu geben. Vorsitzende sind der Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye und der Zentralratsvorsitzende der Juden in Deutschland Paul Spiegel.

Auf den rund 250 Seiten des Buches werden Projekte, Ideen, Adressen von Organisationen und Ansprechpartnern und Anregungen für eigene Aktionen gegen Rechtsextremismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit oder für Zivilcourage im Alltag gegeben.

Was bedeuten „Rassismus“, „Antisemitismus“ oder „Fremdenfeindlichkeit“? Der Leser kann nachschlagen. Er erfährt auch, dass „national befreite Zonen“ Freiräume in der Terminologie der Rechten bedeuten, in denen sie praktisch Macht ausüben. Anhand von Fallbeispielen wird beschrieben, wie der Umgang mit Opfern und nachhaltige Jugendarbeit aussehen kann. So hat es eine Oberschule erfolgreich geschafft, Aggressionen und Gewalt zurückzudrängen. Das neue Schulkonzept baut auf einer engeren Bindung zwischen Schülern und Lehrern, Förderung außerschulischer Aktivitäten und der Erziehung zu Menschlichkeit und Toleranz auf. Unter den Ansprechpartnern finden sich unter anderem die Adressen und Beschreibungen der

Bundeszentrale für politische Bildung, des Bundesamtes für Verfassungsschutz oder auch Organisationen wie der Amadeu-Antonio-Stiftung, die antidemokratische Tendenzen bekämpfen und den Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft unterstützen will. Aufgeführt sind ferner verschiedene Initiativen und Aktionen, die konkrete Maßnahmen implizieren: die „Aktion Noteingang“ soll Menschen für das Problem der Fremdenfeindlichkeit sensibilisieren und potenzielle Gewalttäter verunsichern, die Aktion „Saufen gegen rechts“ wendet sich an Gastwirte, die „schon immer etwas gegen Rechts tun wollten, aber nicht wissen, was“, die Aktion „Spurensuche im Heimatort“ ist dazu geeignet, Schülerinnen und Schülern die Vergangenheit des eigenen Heimatortes näherzubringen beziehungsweise erforschen zu lassen. Wer richtig aktiv werden möchte, kann sich auch darüber informieren, wie die Satzung eines Vereins aussehen muss und was dabei zu beachten ist, wie eine Homepage gebaut werden kann, wo man die nötigen Informationen dazu bekommt oder welche Veranstaltungen mit öffentlichen Fördergeldern unterstützt werden können.

Ein anderer Teil des Buches beleuchtet rechte Alltagskultur: was meinen Rechte wenn sie von „kultureller Hegemonie“, „Systemparteien“ oder „ZOG“ sprechen? Welche Argumente kann man gegen Stammtischparolen setzen? Das Buch zeigt, welche Symbole verfassungsfeindlich und verboten sind und welche Unterscheidungen es zwischen den einzelnen Skinhead-Gruppierungen gibt.

Daneben bietet das Buch noch viele nützliche Tips und Hinweise. So heißt es beispielsweise, jeder könne etwas im Ernstfall tun, solle sich aber nach seinen persönlichen Fähigkeiten richten und nicht den Helden spielen. Vorurteile, die viele Menschen gegenüber „Ausländern“ hätten, könnten mit Sachargumenten entkräftet werden.

Zu jedem der Stichworte im Buch gibt es weiterführende Literatur. Der Band hat geschafft, was nur wenigen gelungen ist: er hat alle wissenswerten Fakten und Strategien in ein äußerst praktisches Nachschlagewerk zusammengefasst. Und gebündelt. Das Buch gehört in die Hände aller Lehrkräfte und engagierter Personen, die gegen Rechtsextremismus aktiv sind.

Daniel Krüger

Stefan Frohloff, Gesicht zeigen. Handbuch für Zivilcourage, Frankfurt am Main 2001 (Campus-Verlag), 255 Seiten, 7,52 Euro, 14,71 Mark.

Bücherschau**Medien der Rechten**

Der Autor Thomas Pfeiffer macht gleich im Vorwort klar, was er mit seiner vor kurzem vorgelegten Studie leisten möchte: einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem Denken und Handeln in Deutschland. Den Kern des aus seiner Dissertation an der Universität Bochum hervorgegangenen Buches stellen neun akribisch recherchierte Fallstudien zum „Mediennetzwerk der Rechten“ dar. Pfeiffer formuliert als zentrale Ziele des gegenwärtigen deutschen Rechtsextremismus die Herstellung von „Gegenöffentlichkeit“ und „kultureller Hegemonie“ und beschreibt ihn als neue soziale Bewegung. Diese in der Sozialwissenschaft seit Jahren umstrittene Beschreibung wird sehr knapp, aber schlüssig unter Einbeziehung von Gegenargumenten begründet. Begrifflich unterscheidet der Autor zwischen „alter“ und „neuer“ Rechter, wobei letztere durch „neue strategische Orientierungen, Organisations- und Ausdrucksformen der die Neue Rechte tragenden jungen Generation“ (S.24) gekennzeichnet ist und sich ideologisch in die Hauptströmungen „Nationalrevolutionäre“ und „Konservative Revolutionäre“ teilt. Im Sinne Wolfgang Gessenharters versteht er die „neue Rechte“ als „Scharnier zwischen Rechtsextremismus und etabliertem Konservatismus“ (S. 27).

Die folgenden neun Fallstudien werden entlang dreier Leitfragen entfaltet: 1.) Welchen Beitrag leisten Medien zur Vernetzung der Bewegung von rechts?, 2.) Auf welche Weise unterstützen Medien die symbolische Integration der Bewegung?, 3.) Wie professionell arbeiten rechte Bewegungsmassen? Pfeiffer untersucht mit hervorragendem Detailreichtum unterschiedliche Medientypen wie die „Junge Freiheit“, „Nation&Europa“, das mittlerweile eingestellte „Thule-Netz“, „rocknord.de“ und die „Zundelsite“ von Ernst Zündel. So arbeitet er heraus, dass trotz der großen Heterogenität der Medien mit ihren jeweils eigenen Profilen die Themen „Ausländer“ (im Sinne eines Ethnopluralismus), Meinungsfreiheit (im Sinne der Unterdrückung extrem rechter Meinungen in Deutschland) und die Verharmlosung des Nationalsozialismus in einer erstaunlichen Geschlossenheit vertreten werden. Dies konnte im Übrigen wieder anhand der auf breiter Front vorgetragenen beißenden Polemik gegen die so genannte Wehrmachtsausstellung beobachtet werden.

Zutreffend stellt der Autor fest, dass die zentrale Leistung der oftmals weitgehend nach innen gerichteten rechtsextremen Medien das Generieren, Verbreiten und Festigen identitätsstiftender Begriffe ist und sich so zum Beispiel das Selbstverständnis als „nationaler Widerstand“ in klarer Frontstellung gegen die Bundesrepublik im Besonderen und eine als „jüdisch-mammonistisch“ und westlich-dekadent empfundene Weltordnung im Allgemeinen festigt. Dennoch kann das „Mediennetzwerk“, zumal kein Leit- oder Zentralorgan existiert, nicht die in Deutschland fehlende neurechte Partei ersetzen. Andererseits bietet die von Pfeiffer dokumentierte kontinuierliche mediale Mobilisierung im vorpolitischen Raum einen Kontrast zum nicht endenden Parteienstreit rechts der CSU.

Es ist Pfeiffer hoch anzurechnen, dass er – anders als viele andere Autoren, die zum Thema veröffentlichten – weder Kosten noch Mühen gescheut hat, eine beachtliche Anzahl kritischer Interviews mit den zentralen Akteuren der von ihm untersuchten Medientypen zu führen, deren Auswertung die Authentizität und Aussagekraft seiner Fallstudien noch einmal wesentlich erhöhen. Dazu kommen zahlreiche Experteninterviews. Die fast 100 Seiten Anmerkungen lassen auch den informierten Kenner der Materie neue Informationen erschließen und unterstreichen die Sachkenntnis des Autors. Wenn Kritik angebracht ist, dann an zwei Stellen. Zum einen fällt die sozialwissenschaftliche Analyse gegenüber den beeindruckenden Fallstudien ab. Es wäre angemessen gewesen, das eine oder andere Detail auszusparen zugunsten einer ausführlicheren Beschäftigung mit dem Begriff der neuen sozialen Bewegung und dem Nachweis, dass es sich hier tatsächlich um eine solche handelt. Zum anderen wirkt das wohl in letzter Minute geschriebene Nachwort zu den Reaktionen neurechter Medien auf die Anschläge des 11. September aufgesetzt und improvisiert, wobei Pfeiffer selbst darauf hinweist, dass ihm viele Medien aufgrund der Zeitnähe noch nicht vorlagen. All dies kann aber keineswegs den Gesamteindruck trüben, dass hier eine Veröffentlichung vorgelegt wurde, die an Informations- und Detailreichtum zum „Mediennetzwerk der Rechten“ schwer zu übertreffen ist. Und auch dem eingangs genannten Anspruch, einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit rechtsextremem Denken und Handeln in Deutschland zu leisten, wird das Buch gerecht. *Thomas Grumke*

Thomas Pfeiffer, Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet, Berlin 2002 (Aufbau Taschenbuch Verlag). 527 Seiten, 10 Euro.

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 16./17. Jg., Nr. 51/01-3/02: Zum Widerstand gegen die „rote Republik“, eine vormundschaftliche Funktionärsherrschaft“, die die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ durch die „antifaschistische Grundordnung“ ersetze, ruft Hans-Helmuth Knütter auf. Fritjof Berg beklagt die „Abschaffung eines genuin deutschen Volkes und seine Ersetzung durch eine Multi-Kulti-Amorphie“. Deutlich werde das besonders durch die „Westverschiebung des Begriffes ‘ostdeutsch’“, der die „Auslöschung der spezifisch ostdeutschen Existenz im öffentlichen Bewusstsein“ vollziehe und damit die Vertriebenen „im Geiste töte“. JF-Chefredakteur Dieter Stein berichtet über die Verlegung eines Fliegerehrenmals in Lüneburg und bezeichnet es als „Schande“, wie die Deutschen seelenruhig eine Verhöhnung ihrer Kriegsdenkmäler hinnehmen würden (51/01). Autor Berg pflegt die Legende von der ehrenhaften Wehrmacht „gerade auf dem östlichen Kriegsschauplatz“ und führt demgegenüber die „niedrigsten Instinkte“ der Sowjetsoldaten ins Feld. Wolfgang Müller attestiert der Sowjetarmee den „Willen zum Vernichtungskrieg“ (52/01). Erich Vad, Mitarbeiter der CSU-Bundestagsfraktion, der über die neu konzipierte Wehrmachtausstellung schreibt, hielte es für angebrachter, die „Verbrechen auf beiden Seiten des deutsch-sowjetischen Vernichtungskrieges“ anstatt die „Verbrechen nur einer Seite isoliert“ darzustellen. Für ihn stelle sich die Frage, ob es bei der Ausstellung „auch um eine nachträgliche Vergangenheitsbewältigung einer einzelnen Familie“ – gemeint ist die Jan Philipp Reemtsmas – „zu Lasten von anderen“ gehe (3/02). Eingepackt in ihr Lamento über die zunehmende Konzentration im deutschen Büchermarkt und den negativen Folgen, nimmt Doris Neujahr den Bertelsmann-Konzern ins Visier. Der nämlich pflege „volkserzieherische Tätigkeit“ und unterstütze mit Geld den „Kampf gegen den Rechtsextremismus“. Mit der Lancierung des Buches von Daniel Goldhagen habe er sich wohl das Terrain für wirtschaftliche Expansion in den USA bereiten wollen, fragt sich Neujahr (2/02). Trauer klingt an bei Richard Stoltz, der über die Einstellung der rechtsextremen „Staatsbriefe“ informiert, die „quer zum Zeitgeist“ gestanden hätten, wobei die Beiträge immer „im besten Sinne vaterländisch, um das Wohl des Vaterlandes und des deutschen Volkes besorgt“ gewesen seien (3/02). (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 52. Jg, Heft 1/2002: Vielfältig abgehandeltes Schwerpunktthema ist „Nation und Nationalbewusstsein“. Das beginnt mit dem Titel, der in Form einer Todesanzeige den Abschied der Deutschen Mark beklagt. Es wird im Editorial von Harald Neubauer aufgegriffen, wo dieser Vorgang als „Liquidation deutscher Selbstbestimmung“ eingeordnet wird. Als Verantwortlichen für diesen Vorgang zitiert man den früheren Bundeskanzler Helmut Kohl aus den Dokumenten zur Deutschlandpolitik, als der in einem Gespräch mit dem US-Außenminister James Baker wegen dessen Bedenken gegen die Wiedervereinigung gesagt habe, „was er denn noch mehr tun könne, als ... die Schaffung einer ... Währungsunion. Diesen Entschluss habe er gegen deutsche Interessen getroffen.“ Den Vorwurf der Aufgabe von Souveränität hat sich die Unionsspitze generell zugezogen, indem sie als Konsequenz der vertieften europäischen Integration mittelfristig die Auflösung des Außen- und des Verteidigungsministerium gutgeheißen habe. Das Thema Nation kehrt wieder in der Auseinandersetzung mit der Ankündigung des CDU-Generalsekretärs Laurenz Meyer, im Wahlkampf solle das Nationalbewusstsein thematisiert werden (M. Müller). Dies diene allenfalls dem Stimmenfang, zeige doch das CDU-Verständnis von Nationalstolz „Rücksichtnahme auf den linken Zeitgeist“. So spreche sie von „Ost“- statt „Mitteldeutschland“, in den von ihr allein regierten Ländern vermittelten die Schulen keineswegs nationale Tradition. Während der Grünen-Politiker Ludger Volmer für „Nationbuilding in Afghanistan“ zur Überwindung der Krise eintrete, seien er „und seine rot-grünen Kampfgenossen dabei, die eigene Nation bis auf die Grundmauern zu schleifen“. Roland Wuttke plädiert für den Austritt aus der EU und der NATO („Hilfstruppenverband für anglo-amerikanische Weltmachtbestrebungen“) und für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern des ehemaligen Warschauer Pakts (um den Zuwanderungsdruck zu mindern). Fortgesetzt wird die Polemik über das „gegen deutsche Interessen“ gerichtete Zuwanderungsgesetz. Der Schill-Partei erteilt man eine Absage; durch Selbstabgrenzung von Ehemaligen aus REP, DVU, NPD oder gar BFB beraubte sie sich „eines erheblichen Teil ihres Anschubpotenzials“. Die Junge Landsmannschaft Ostpreußen ruft zu einem „Trauermarsch“ für die Opfer des „Bombenholocaustes“ in Dresden auf. „Zur täglichen Freude an Anmut und Schönheit in deutscher Natur“ wird dem deutschen Nationalen schließlich noch ein Jahreskalender mit Nackedeis aus den 30er Jahren offeriert. (khr)

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Die NPD-Parteiführung hat sich mit dem „Deutschen Kolleg“ unter der Leitung von Horst Mahler, Uwe Meenen und Reinhold Oberlercher überworfen. Das Kolleg hatte mit Datum vom 1. September ein mehrseitiges Papier zur „Reformation der NPD“ veröffentlicht. Unter anderem wurde die NPD aufgefordert, den „Wortbestandteil demokratisch“ aus ihrem Parteinamen zu streichen und sich in „Nationale Partei Deutschlands“ umzubenennen. In dem Papier wird konstatiert, dass „alle Parteien und alle nationalistischen Parteigründungen auf deutschem Boden nach 1945 reichsfeindlich, gesetzeswidrig und damit polit-kriminelle Vereinigungen“ seien. Das DK stellt die Frage, ob „das nationale Lager überhaupt noch eine Partei nötig hat“. In einer Erklärung „verbittet“ sich die NPD-Führung nun „eine von außen gesteuerte Einmischung in innere Angelegenheiten der Partei“. Die Vorschläge werden als „weltfremd und folglich untauglich“ abgelehnt.

■ **Dortmund** – Das Urteil des Dortmunder Schöffenrichters gegen den Neonazi Siegfried Borchardt (48) vom April vergangenen Jahres ist rechtskräftig. Der ehemalige Bundesvize und nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der verbotenen FAP Borchardt war in der ersten Instanz zu einer Geldstrafe von 1 200 Mark verurteilt worden (vgl. BNR 8/01). Die Staatsanwaltschaft hatte wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zehn Monate Haft auf Bewährung gefordert. Verurteilt wurde „SS-Siggi“ jedoch wegen Beihilfe zur schweren Körperverletzung, so dass die Staatsanwaltschaft in Berufung gegangen war. Nun zog neben der Staatsanwaltschaft auch Borchardt die Berufung zurück, womit das Urteil Rechtskraft erlangt.

■ **Dreißen** – Im Landgasthof „Lochmühle“ im rheinland-pfälzischen Dreißen (Donnersbergkreis) fand am 12. Januar ein Skinhead-Konzert statt. Bereits zum dritten Mal binnen fünf Wochen stellten sich Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet in der Nordpfalz ein. Eingeladen hatten die „Asoziale Randgruppe Aachen“ und der Fanclub des 1. FC Kaiserslautern „Ultras Bad Kreuznach“. Nach Angabe der Lokalzeitung „Rheinpfalz“ folgten rund 350 Personen aus der rechtsextremistischen Szene

und, erstmals, Fußballfans aus Norddeutschland der Einladung nach Dreißen. Angekündigt waren über das Internet die Bands „Pfälzer Buben“, „Kategorie C“, Bremen, und „Ascaris“ aus Berlin. Das Konzert am 29. Dezember mit „Spreegeschwader“ um Sänger und Gitarrist Alexander Gast aus Berlin wurde im Anschluss an die NPD-Demonstration in Trier (vgl. BNR 1/02) durchgeführt. Drei Wochen zuvor traten die Bands „Schutt + Asche“, „Saxonia“ und „Blutstahl“ aus Pirna auf. Jeweils 250 bis 300 Personen waren vor Ort in der „Lochmühle“. Als Kontaktperson bei allen drei Konzertveranstaltungen fungierte der rheinland-pfälzische JN-Geschäftsführer Sascha Wagner.

■ **Eberswalde** – Die unlängst gegründete Neonazi-Gruppierung „Märkischer Heimatschutz“ mit Postfachadresse in Eberswalde ist sceneinternen Angaben zufolge in den Landkreisen Barnim, Uckermark und Oberhavel aktiv. Zu den „wesentlichen Aufgaben“ der Truppe zähle die „Verhinderung des Zuzuges von Ausländern in Städte, Gemeinden und Dörfer der drei Landkreise.“ Im „Märkischen Heimatschutz“ haben sich freie Nationalisten und – im Hinblick auf ein mögliches NPD-Verbot – Kader von NPD und den Jungen Nationaldemokraten zusammengeschlossen. Der „Heimatschutz“ will auch bei den Gemeindewahlen kandidieren.

■ **Hamburg** – Im Verlag Manfred Rouhs erscheint demnächst ein Buch des Publizisten Holger Stürenburg zu Ronald Schill und dessen Partei Rechtsstaatliche Offensive (P.R.O.) in Hamburg. Stürenburg gehörte der P.R.O. seit ihrer Gründung im Juli 2000 bis kurz vor der Landtagswahl in Hamburg im September 2001 an. Stürenburg, Autor unter anderem in der „Jungen Freiheit“, „Nation&Europa“ und „Zur Zeit“, will mit seinem Buch einen „kritischen Blick hinter die Kulissen der Partei“ werfen.

■ **Karlsruhe** – Zwischen dem 5. und 20. Februar findet die mündliche Verhandlung im Parteiverbotsverfahren gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht statt. Die Vorsitzende des 2. Senats, Jutta Limbach hat zu dem Verfahren 14 „Auskunftspersonen“ geladen; es handelt sich dabei um: Per Lennart Aae (Jg. 1940), NPD-Bundesvorstandsmitglied, Holger Apfel (Jg. 1970), Geschäftsführer der Deutsche Stimme Verlags GmbH, Bundesvorstandsmitglied, Jürgen Distler (Jg. 1971), Bundesvorstandsmitglied, Redakteur der „Deutschen Stimme“, Wolfgang Frenz (Jg. 1936), Ex-Bundesvorstandsmitglied, Steffen Hupka (Jg.

1962), Ex-NPD-Funktionär, Erwin Kemna (Jg. 1950), Geschäftsführer der „Deutschen Stimme“, Uwe Leichsenring (Jg. 1967), NPD-Fraktionsvorsitzender in Königstein, Jens Pühse (Jg. 1972), Bundesvorstandsmitglied, Sascha Roßmüller, (Jg. 1972), JN-Bundesvorsitzender, Jürgen Schwab (Jg. 1967), NPD-Chefideologe, Frank Schwerdt (Jg. 1944), Bundesgeschäftsführer, Doris Zutt (Jg. 1955), Vorstandsmitglied, den NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt (Jg. 1952) sowie die Neonazis Christian Worch (Jg. 1956) aus Hamburg und Thorsten Heise (Jg. 1969) aus Northeim.

■ **Magdeburg** – Die parteioppositionelle Revolutionäre Plattform in der NPD hat auf einer Versammlung in Magdeburg am 12. Januar beschlossen, sich aufzulösen. In der abgegebenen Erklärung dazu heißt es unter anderem, dass sich „der gewünschte Dialog mit dem Parteivorstand und eine sich daraus ergebende ... erfolgreiche Führung der Partei nicht eingestellt“ habe. An die Parteibasis wird appelliert, „sich selber ein Bild von den Dingen zu machen und Schlussfolgerungen für ihr Handeln zu ziehen“. Der Sprecher der ehemaligen RPF, Steffen Hupka, wurde im Dezember aus der NPD ausgeschlossen.

■ **München** – Die DVU hat auf einem Bundesparteitag am 12. Januar in München den langjährigen Vorsitzenden Gerhard Frey in seinem Amt bestätigt. Neu vertreten im Bundesvorstand der Frey-Partei sind die brandenburgische DVU-Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth und der Bremer Parlamentarier Siegfried Tittmann.

■ **Stuttgart** – Alexander Schonath, Ex-Abgeordneter der Republikaner im baden-württembergischen Landtag, muss nach einem Beschluss des Amtsgerichtes Stuttgart vom 9. Januar wegen Sachbeschädigung binnen zwei Monaten 500 Euro an die Frauenhilfe Stuttgart zahlen. Nach der Entscheidung des Amtsgerichts hat er sich ein Jahr lang straffrei zu führen, um nicht als vorbestraft zu gelten. Schonath will gegen den Gerichtsbeschluss Berufung einlegen. Der frühere Parlamentarier war im Oktober 1999 bei der Eröffnung der Wanderausstellung „Demokratie ist verletzlich“ im Landtag in Handgreiflichkeiten gegen Verfassungsschutzmitarbeiter verwickelt. Auch hatte er eine REP-Parteizeitung aus einer Vitrine entwendet und zerrissen. Nach seiner Attacke gegen die Behörden-Mitarbeiter agitierte er im Internet gegen den Verfassungsschutz und beklagte die angebliche parteipolitische Instrumentalisierung.

■ **Stuttgart** – Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat Anklage gegen den 22-jährigen Skinhead Dennis Entenmann aus dem fränkischen Iphofen und den Vorsitzenden des Deutschen Freundeskreis Schwaben, Julius Jäger aus Winnenden, erhoben. Sie sollen auf der DFS-Homepage Links zu anderen Neonazi-Seiten gesetzt haben. Internet-Surfer seien so über den Deutschen Freundeskreis Schwaben (DFS) zu Seiten mit Hakenkreuzen, Hitlerbildern und Hetztexten gelangt. Den beiden Angeklagten wird deshalb Volksverhetzung und die Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen vorgeworfen. Zunächst hatte die Staatsanwaltschaft gegen acht DFS-Mitglieder ermittelt. Gegen die anderen Beschuldigten wurden die Verfahren inzwischen eingestellt.

■ **Toppenstedt** – Einen Nachdruck des Werkes „Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer“ von Ernst von Salomon bietet der Verlag und Antiquariat Uwe Berg aus Toppenstedt in einer Anzeige im Rechtsaußenblatt „Junge Freiheit“ (2/02) an. Uwe Berg war einst Kader der Wiking-Jugend (WJ) und des Bund Heimattreuer Jugend (BHJ). Sein seit 1970 bekannter Verlag hat vor allem in Niedersachsen Bedeutung. Er wirbt in seinem Katalog für NS-Literatur wie zum Beispiel Hitlers „Mein Kampf“.

■ **Villingen-Schwenningen** – Die rechtsextreme Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) veranstaltet vom 12. bis 14. April ihren diesjährigen „Deutschen Kongress“ im Großraum Franken. Im Rahmen des Kongresses findet auch die 43. Jahreshauptversammlung der GFP statt. Die Organisationsleitung hat Jürgen Schützinger aus Villingen-Schwenningen, geschäftsführender Vorsitzender der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), inne. Als Referenten sind unter anderem Jean-Jacques Hegg, Ex-Nationalrat der Schweizer Nationalen Aktion für Volk und Heimat, Albrecht Jebens, ehemals Geschäftsführer des unionsnahen Studienzentrums Weikersheim, und die „Nation&Europa“-Redakteure Harald Neubauer und Karl Richter angekündigt.

Ausland

■ **Frankreich (Paris)** – Am 20. Januar fand im Pariser „Haus der Chemie“ das nationale Kolloquium des GRECE, der wichtigsten Organisation der „Neuen“ Rechten, statt. Das diesjährige Treffen stand unter dem Motto „Wie kann man im 21. Jahrhundert Rebell sein?“. Als Referenten gewonnen wurden unter anderem der Sexualwissen-

schaftler Gérard Zwang und der bekannte Soziologe Michel Maffesoli. An einer Podiumsdiskussion zum Thema „Rebellion und Einheitsdenken“ nahmen unter Leitung von Grégory Pons der Philosoph Éric Werner, der ehemalige GRECE-Funktionär Jean-Claude Valla sowie Vladimir Dimitrijevic, Inhaber des Verlags L'Age d'Homme, teil. Der Abschlussvortrag war wie stets Alain de Benoist vorbehalten.

■ **Großbritannien (Hastings)** – In der aktuellen Ausgabe der holocaustleugnenden „Vierteljahrshefte für freie Geschichtsforschung“ (VffG; Postfachadresse in Hastings/England) meldet sich eine Thora Pedersen zu Wort. Sie behauptet, dass die Terroranschläge am 11. September nie von „Arabern“ ausgeführt werden konnten. Hinter den Attentätern vermutet Pedersen die USA und/oder den israelischen Geheimdienst Mossad. Thora Pedersen wurde 1953 im schwäbischen Ulm als Andrea Ruth geboren. Sie gehörte einst dem Nationaldemokratischen Hochschulbund an und publizierte Anfang der 70er Jahre im „La-Plata-Ruf“ des Altnazis Wilfried von Oven (Argentinien). 1998 verließ sie mit ihrem dänischen Ehemann Hans Ch. Pedersen (Jg. 1948), einem engen Bekannten von Jürgen Rieger und Thies Christophersen, ihren Wohnort Steinbergkirche in Norddeutschland und setzte sich nach Südafrika ab.

■ **Norwegen (Oslo)** – Tore Wilhelm Tvedt, Anführer der norwegischen Neonazi-Organisation „Vigrid“, kommt wegen antisemitischer und rassistischer Hetze in Oslo vor Gericht. „Vigrid“ propagiert die Überlegenheit der „weißen Rasse“. Tvedt ist auch Gründer der holocaustleugnenden „Gesellschaft für wahre Geschichte“, die die Waffen-SS glorifiziert. Gegen den 59-jährigen Tvedt soll wegen grober Verunglimpfung von Juden und dunkelhäutiger Menschen in zahlreichen Fällen Anklage erhoben werden.

■ **Österreich (Feldkirch)** – Der 60-jährige Revisionist Walter Ochensberger steht seit dem 11. Januar in Feldkirch, Vorarlberg, vor Gericht. Er soll in der von ihm herausgegebenen Publikation „Phoenix/Top Secret“ die NS-Verbrechen verharmlost und somit gegen das Verbotsgesetz verstoßen haben. Verteidigt wird Ochensberger von dem Alt-Nazi Herbert Schaller (78). Rechtsanwalt Schaller hält seinen Mandanten für unschuldig, da dieser im Rechtsirrtum gehandelt habe. Bereits 1991 war Ochensberger vom Landgericht in Feldkirch wegen Verstoßes gegen das Verbotsgesetz verurteilt wor-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 02-2002 / Abo 5292719000

9

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Lausitzerstr. 10
10999 Berlin

den. Auch damals hatte ihn Schaller vertreten. Während seiner Haft in den 90er Jahren wurde Ochensberger von der neonazistischen Gefangenenhilfsorganisation HNG betreut.

■ **Österreich (Wien)** – Der österreichische Justizminister Dieter Böhmdorfer (FPÖ) hat Gerald Waitz, Mitglied der schlagenden Innsbrucker Burschenschaft Brixia, zu seinem Pressesprecher ernannt. Die Burschenschaft Brixia galt über Jahre hinweg als „Durchlauferhitzer“ für rechtsextreme Südtiroler „Freiheitskämpfer“ und Kader der zwischenzeitlich verbotenen Nationaldemokratischen Partei Österreichs (NDP).

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement

Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto

Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto

Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.